



## Kirche im Spannungsfeld gesellschaftlicher Interessen

Wie politisch sollte die Kirche sein oder was ist ihre Kernaufgabe?

Von: Reinhard Junghans, erschienen im Deutschen Pfarrerbblatt, Ausgabe 4/2021

Wenn Kirche im Schnittpunkt politischer Interessen steht, kann sie es eigentlich nur falsch machen: Soll sie Moderator unterschiedlicher politischer Positionen sein oder selbst Partei ergreifen? Reinhard Junghans entwirrt einen gordischen Knoten, erinnert an die christlichen Werte, denen die Kirche verpflichtet bleibt, und macht deutlich, dass die Problemstellung nicht nur eine institutionelle Dimension hat.

In der Kirche wird viel geredet. Das ergibt sich zwangsläufig, wenn eine der entscheidenden Grundlagen aus historisch gewachsenen Texten besteht. Die Glaubenserfahrung aus diesen Texten mit dem eigenen Lebensumfeld zu verknüpfen, war schon in allen Jahrhunderten eine große Herausforderung, die manchmal besser und manchmal auch schlechter gelang. Sich dieser Herausforderung angemessen zu stellen, bedeutet eben auch, viele Gespräche und Diskussionen zu führen.

Die biblischen Texte wollen aber den Leser nicht nur allgemein anregen, über Gott und den Menschen nachzudenken, sondern ihn auch ermutigen, entsprechende Lebensentscheidungen zu treffen. Diese Lebensentscheidungen wirken sowohl in das persönliche Lebensumfeld eines Menschen als auch in den politischen Raum hinein.

Kirche auf der falschen politischen Seite?

Die Vorwürfe gegen die Institution Kirche sind lang, wenn es um ihre politischen Entscheidungen geht bzw. um ihre Nicht-Entscheidungen, obwohl es genügend Unrecht gab, das aus biblischer Sicht der Kritik bedurfte. Jahrhundertlang sprach sich die Kirche nicht vehement gegen Gewalt in Familien aus und forderte auch keine entsprechende Rechtsprechung ein. Nächstenliebe betrifft eben auch die Familienangehörigen und nicht nur notleidende Fremde. In Kriegen ergriffen Kirchen einseitig für ihr Land Partei und segneten auch Waffen, anstatt sich für friedliche Lösungen einzusetzen. Schließlich waren auf der anderen Seite ebenfalls genügend Christinnen und Christen und somit Glaubensgeschwister, für die man hätte beten können. Die soziale Frage im 19. und 20. Jh. ignorierten die Kirchen lange Zeit und verteidigten bestehende Verhältnisse unreflektiert. Die Kirche sah zu, wie Christen ihre Glaubensgeschwister ausbeuteten.

Diese Tatsachen sind aber nicht die ganze Wahrheit, denn Kirche besteht keinesfalls nur aus der Institution, sondern auch aus aktiven Menschen, die bewusst ihren Glauben leben. Die Abschaffung der Sklaverei wurde besonders im englischsprachigen Raum durch Christinnen und Christen geprägt, die das Bild des Menschen als ein Kind Gottes mit der Sklaverei als unvereinbar hielten. Die vielen Diakonievereine des 19. Jh. wurden von engagierten Christinnen und Christen gegründet. Es vergingen einige Jahrzehnte bis die Institution Kirche dieses Liebeswerk auch als das Ihre anerkennen konnte. Einzelne Christinnen und Christen wandten sich immer wieder gegen den Machtmissbrauch in der Gesellschaft, selbst wenn die Institution Kirche diesen deckte. Heute werden sie als das Gewissen der Kirche hochgeachtet.

Nun möchte die Institution Kirche aus den Fehlern der Geschichte lernen. Infolgedessen setzen sich kirchenleitende Gremien mit der Flüchtlingspolitik, mit dem Klimawandel, mit Ökologie und anderen aktuellen politischen Themen auseinander. Da man eben nicht nur reden möchte, werden auch



konkrete Beschlüsse gefasst, die in den politischen Raum hineinreichen.

Für diese Entwicklung gibt es viele gute Gründe. Jedoch sind noch ein paar weitere Gesichtspunkte zu berücksichtigen, die für die Kirche als Institution und Glaubensgemeinschaft elementar wichtig sind.

## Im Widerspruch unterschiedlicher politischer Positionen

Mit jeder politischen Entscheidung der Institution Kirche gibt es immer auch Gemeindeglieder, die diese Entscheidung nicht für angemessen halten. Das kann ganz verschiedene Gründe haben. Manche Gemeindeglieder sind politisch anders aufgestellt. Manche machen andere konkrete Lebenserfahrungen und gewichten infolgedessen Ereignisse anders. Manche sind der Meinung, Kirche solle sich aus der Politik heraushalten. Die Gründe mögen sein, wie sie wollen, aber wie gehen die Verantwortlichen in der Kirche mit diesen ihren Glaubensgeschwistern um? Hält man sie für Ewiggestrige, die die moderne Zeit irgendwann doch verstehen werden? Schließlich kann man bei rasanten Entwicklungen nicht auf jeden Rücksicht nehmen.

Wie gehen Gemeindeglieder mit ihrer Kirche um, wenn sie sich politisch nicht verstanden fühlen? Treten sie dann aus der Kirche aus, wie man aus einer politischen Partei austritt, wenn sie nicht mehr die eigenen Positionen vertritt?

Beide Perspektiven entsprächen keinem biblisch angemessenen Kirchenverständnis. Über Jahrhunderte hinweg hat die Kirche es verstanden, unterschiedlichste Gruppierungen zusammenzuhalten. Am Anfang saßen Sklavenhalter und Sklaven nebeneinander in den Gottesdiensten. Arme und reiche Menschen waren immer in der christlichen Gemeinde vereint, obwohl mitunter auch Unterschiede wie bei den Patronatslogen gemacht worden sind. Grundlage hierfür dürfte nicht nur das Leben in der Urgemeinde sein (Apg. 2,42-47), sondern auch die beiden Weihnachtsgeschichten, die zum einen die armen Hirten (Lk. 2) und zum anderen die gebildeten und vermögenden Weisen (Mt. 2) zuerst das Jesuskind anbeten lassen. Erstaunlich ist auch, wie die römisch-katholische Kirche die gegensätzlichsten Gruppen unter dem Dach der Kirche zusammenhält, während mitunter evangelische Christen meinen, mit neuen Glaubenseinsichten gleich neue Kirchen gründen zu müssen.

Kirchliche Gruppierungen haben sich keinesfalls immer nur vertragen. Sie haben auch gegeneinander gearbeitet oder einfach nur nebeneinanderher gelebt. Jedoch gehört es zu den vorzüglichsten Aufgaben der Kirche, die verschiedensten Gruppierungen zusammenzuhalten und das Verbindende im Glauben herauszustellen und zu leben.

## Christliche Werte

Das Verbindende im Glauben sind die christlichen Werte wie Nächsten- und Feindesliebe, Gerechtigkeit, Frieden, Bewahrung der Schöpfung. Dazu gehören aber genauso die Glaubenshoffnung auf eine zukünftige Welt bei Gott, Gebetserfahrungen sowie Vergebung und Versöhnung. Die Institution Kirche hat die vorrangige Aufgabe, diese Werte in den eigenen Gemeinden, aber auch in der Gesellschaft wach zu halten und sie immer wieder in den gesellschaftlichen Diskurs einzubringen. Da gibt es komplexe Herausforderungen in einer Zeit, die ein wissenschaftliches Weltbild als gesetzt betrachtet, das oft über ein mechanistisches Weltbild nicht hinausreicht.

Die genannten Schlagworte sind schnell aufgezählt, aber in einer Diskussion würde rasch offensichtlich werden, dass Christinnen und Christen diese ganz unterschiedlich füllen können.



Beginnt die „echte“ Nächstenliebe erst beim hungernden Kind in Afrika oder schon beim Ehepartner? Erschöpft sich Gerechtigkeit mit einer angemessenen Verteilung von Gütern oder geht es dabei um eine Persönlichkeitsentwicklung, die durch die Barmherzigkeit Gottes ermöglicht wird? Wie hängt der weltpolitische Frieden mit dem Frieden in meiner Familie zusammen? Hört Bewahrung der Schöpfung bei der Mülltrennung auf oder welche Rolle spielen hierfür die Wirtschaftsstrukturen dieser Welt? Können Menschen auch in den Glaubenserfahrungen Anderer biblische Wahrheiten entdecken?

Auf diesen Fragen bzw. Themenkomplexe gibt es nicht die eine alleingültige Antwort. Das biblische Zeugnis selbst setzt hier mitunter unterschiedliche Schwerpunkte. Eigene Lebenserfahrungen lassen den Argumenten ein unterschiedliches Gewicht zukommen. Dieser Prozess ist völlig normal, und es ist sinnvoll, diesen zu gestalten. Darin hat die Institution Kirche eine hervorragende Aufgabe, gegenständliche und geistige Räume zur Verfügung zu stellen, damit dieser Diskussionsprozess angemessen geführt wird. Ein solches Handeln gehört auf jeden Fall zu den Kernaufgaben der Kirche.

Es wird sich in diesem Diskussionsprozess alsbald herausstellen, es gibt nicht den goldenen Mittelweg, der es allen Beteiligten recht macht. Selten ist Christinnen und Christen bewusst, auch christliche Grundwerte können mitunter gegeneinander streiten. Wenn jemand in einer Beziehung lebt, die andere wichtige menschliche Beziehungen oder gar die eigene Gesundheit gefährdet, konkurrieren das fünfte Gebot „Du sollst nicht töten“ und sechste Gebot „Du sollst nicht ehebrechen“ miteinander, also der Grundsatz, du sollst Leben erhalten, und der Grundsatz, du sollst Verantwortung wahrnehmen. Manchmal kann ein solcher Konflikt mit Gesprächen gelöst werden, aber manchmal eben auch nicht und der Betroffene kann nicht für alle ihm anvertraute Menschen entsprechend Verantwortung übernehmen. Dafür gibt es die christliche Vergebung, um nicht an alten Geschichten zu zerbrechen, sondern um einen neuen Lebensabschnitt mit gutem Mut wieder beginnen zu können.

## Politische Dilemmata

Auch in der Politik ist die Sachlage oft vielschichtig. Für Christen steht das Gebot der Nächstenliebe ganz oben. Wer in Not ist, dem wird geholfen. Da sind die Flüchtlinge auf dem Mittelmeer ganz schnell im Blick. Eine praktische Lebensrettung ist dringend geboten, aber sie löst das globale Problem nicht. Man müsste sich genauso für bessere Lebensbedingungen in den Flüchtlingsländern einsetzen. Das ist mindestens schwierig, in Kriegsgebieten faktisch unmöglich. Bessere Lebensbedingungen – das bedeutet in der Regel bessere wirtschaftliche Bedingungen. Da die Flüchtlingsländer vorwiegend Landwirtschaft betreiben, müsste für sie der europäische Markt geöffnet werden. Oder subventionierte europäische Exporte dürften den Preis vor Ort nicht unterbieten. Dann verdienen voraussichtlich europäische Landwirte weniger und manche landwirtschaftliche Existenz im eigenen Lande ist bedroht oder geht gar pleite. Da steht auf einmal das Lebensrecht fremder Flüchtlinge dem Lebensrecht einheimischer Landwirte gegenüber. Die konkreten wirtschaftlichen Zusammenhänge sind komplexer, aber für manchen Einzelnen läuft es auf eine solche Gegenüberstellung hinaus.

Wenn aber kein Ausgleich zwischen armen und reichen Ländern hergestellt wird oder gar die Schere zwischen Arm und Reich noch weiter auseinandergeht, werden sich die Flüchtlingsströme entsprechend vergrößern. Der Grund liegt weniger in der Armut selbst als in der damit verbundenen Perspektivlosigkeit. Es sei daran erinnert, dass die DDR-Flüchtlinge seinerzeit kaum wegen Armut geflohen sind, sondern vor allem wegen Perspektivlosigkeit im DDR-System. Diese Perspektivlosigkeit gemischt mit Sehnsucht nach Frieden und einem einfachen normalen Leben wird immer wieder Flüchtlingsströme generieren, wenn nicht etwas gegen die Perspektivlosigkeit unternommen wird. Dafür Lösungen zu finden, ist eher ein langer Weg, der viel Kondition mit vielen Verbündeten benötigt.

## Konträre politische Interessen



Es ist eigentlich völlig egal, welches politische Thema gewählt wird, es wird immer unterschiedliche, aber eben auch unterschiedlich berechnete Interessen geben. Kirche ist da gut beraten, wenn sie die unterschiedlichen berechtigten Interessen wahrnehmen und ins Gespräch bringen kann. Die Kirche ist die einzige gesellschaftliche Kraft, die als Moderator auftreten könnte. Darin liegt auch eine wichtige Funktion der Kirche als Institution. Sie hat in ihren Reihen von allen Gruppierungen auch Vertreter und kann sich somit auch ein differenziertes Bild verschaffen. Jedoch wird die Kirche diese Rolle kaum wahrnehmen können, wenn sie sich selbst durch entsprechende politische Beschlüsse festlegt.

Für jede Gesellschaft ist es äußerst wichtig, dass es eine anerkannte gesellschaftliche Größe gibt, die zwischen verschiedenen Konfliktparteien vermitteln kann. Kurz nach der Wende spielte hier die Kirche eine ganz wichtige und hervorragende Rolle bei der Koordinierung der runden Tische, um das gesellschaftliche Leben sinnvoll voranzubringen. Wer ein Gespräch leiten und führen möchte, wird sich mit pointierten Äußerungen zur Sache zurückhalten müssen. Andernfalls wird er als Partei wahrgenommen und verliert seine Rolle als Moderator. Eine Gesellschaft benötigt zwingend Institutionen, die als Moderator auftreten können. Man möge sich einmal eine Gesellschaft vorstellen, in der alle Gruppierungen ein Alphetier sein wollen.

## Politisch engagierte Christen

Jedoch sieht es für die einzelnen Christinnen und Christen anders aus als für die Institution Kirche. In der Kirche als Institution groß geworden sind ihnen die christlichen Werte in den kirchlichen Räumen vertraut geworden. Auf dieser Basis können sich Christinnen und Christen politisch engagieren. Ob dieses Engagement in einem Verein, einer Initiativgruppe oder Partei geschieht, ist irrelevant. Der gesellschaftliche Diskurs benötigt christliche Werte, die natürlich in erster Linie nur von den Christinnen und Christen selbst eingebracht werden können. Es braucht auch Entscheidungsträger in der Gesellschaft und unter anderem auch in der Bundeswehr und Polizei, die von christlichen Werten geprägt sind. Es ist nicht gut, wenn Politik als schmutziges Geschäft betrachtet wird, mit dem man nichts zu tun haben möchte. Viel sinnvoller ist es aus christlicher Sicht, entsprechende Positionen mit Menschen zu besetzen, bei denen die Menschlichkeit über machtpolitischen Überlegungen steht.

Es ist auch nicht zielführend, wenn die These aufgestellt wird, als Christin oder Christ könne man nicht in dieser oder jener Partei sein. In der Konsequenz bedeutet diese Haltung: es gibt Gruppierungen in der Gesellschaft ohne Christinnen und Christen. Ob das dem Frieden und Miteinander in der Gesellschaft dient, kann mit gutem Grund bezweifelt werden. Es sollte lieber andersherum argumentiert werden. Von einer Christin und einem Christen wird erwartet, ganz gleich in welcher politischen Gruppierung sie sich befinden, dass sie die christlichen Werte auch dort entsprechend einbringen. Den christlichen Werten sollte auch zugetraut werden, dass sie einen Menschen verändern können.

Es mag für manchen vielleicht widersprüchlich klingen, wenn einerseits bei der Kirche als Institution eher für Zurückhaltung in politischen Dingen geworben wird und andererseits einzelne Christinnen und Christen ermutigt werden, politische Verantwortung zu übernehmen. Eine einzelne Christin oder ein einzelner Christ muss nicht die Verantwortung für die gesamte Kirche tragen. Dafür gibt es gewählte und berufene Persönlichkeiten in den entsprechenden Gremien. Dieser unterschiedliche Verantwortungshorizont ermöglicht unterschiedliche Strategien. Die einzelne Christin oder der einzelne Christ ist vor allem seiner Glaubensüberzeugung verpflichtet und hat dadurch mehr Spielräume als die Institution Kirche, die eben die unterschiedlich ausgeprägten Glaubensüberzeugungen in ihrer Gemeinschaft im Blick zu behalten und auch zusammenzuhalten hat.

Die einzelne Christin oder der einzelne Christ freut sich natürlich, wenn er durch seine Kirche auch unterstützt wird. Mitunter ziehen auch Christinnen und Christen an recht unterschiedlichen Strängen,



die in derselben Kirche sind. Wenn sich die Kirche einseitig äußert, stößt sie auf Unverständnis bei den Kritikern dieser Position. Dieses Phänomen schließt eine entsprechende Äußerung der Kirche grundsätzlich nicht aus. Nur sollten auch diejenigen im Blick bleiben, die nicht dieselbe Auffassung haben.

## Ein komplizierter Spagat

Insofern stehen kirchliche Äußerungen vor einem komplizierten Spagat: Einerseits sind sie angehalten, die verschiedenen berechtigten Interessen wahrzunehmen, andererseits sollen sie klare und eindeutige Positionen beziehen. Das ist eigentlich unmöglich. In einer Sache können aber immer klare und eindeutige Positionen bezogen werden. Solche klaren Positionen betreffen vorzugsweise die christlichen Werte. Für die damit verbundenen Grundhaltungen kann die Kirche völlig ohne Rücksicht auf Befindlichkeiten das biblische Zeugnis weitergeben. Jedoch in der konkreten Umsetzung sollte sie vorsichtiger sein, da es eben auch verschiedene sinnvolle Möglichkeiten gibt, christliche Werte konkret umzusetzen.

Diese unterschiedlichen Strategien für den einzelnen Glaubenden und für die Kirche als Institution haben sich auch zu DDR-Zeiten bewährt. Die Kirche als Institution hat sich eher zu beschwichtigenden und vorsichtig kritisierenden Verlautbarungen zur Lage in der DDR geäußert. Die Basisgruppen haben an den Menschenrechtsverletzungen und an der Zerstörung der Umwelt in der DDR vehement Kritik geübt. Ihr Wunsch war natürlich groß, dass sich Kirchenleitungen ihrer Sicht anschließen. Andersherum lag der Wunsch vor, sich gemäßigter gegenüber dem DDR-Machtapparat zu verhalten. Was wäre aber passiert, wenn sich nur eine dieser Richtungen in der DDR durchgesetzt hätte. Bei den zurückhaltend formulierten Texten der Amtskirche wäre kein Veränderungsdruck entstanden. Es hätte sich wohl so schnell nichts geändert. Hätte sich die Richtung der Basisgruppen allein durchgesetzt, dann hätte es wohl eine heftige machtpolitische Reaktion des DDR-Apparates gegeben und vielleicht wäre alles verloren gewesen. Das keinesfalls abgesprochene Zusammenspiel beider Strategien hat am Ende unter anderem auch zu der erfolgreichen friedlichen Revolution geführt.

Aus den Wünschen dieser beiden DDR-Kirchenrichtungen ist auch deutlich, jeder hält seine Position für die angemessene. Wenn alle diese eine Ansicht teilen und vertreten, dann kann sich das Gute am Schnellsten durchsetzen. Ob das wirklich so ist, kann grundsätzlich mit der Geschichte hinterfragt werden. Dort, wo es eine gesteuerte Einheitsmeinung in der Gesellschaft gab, spielte die Menschlichkeit keine erhabene Rolle. Auch in einer demokratischen Gesellschaft gibt es deutliche Versuche, bestimmte Meinungen als unumstößlich durchzusetzen. Grundsätzlich darf jeder kräftig für seine Position eintreten. Jedoch sollte auch immer der Respekt vor anderen Meinungen erkennbar bleiben. Dieser Respekt ist fehl am Platze, wenn Positionen die Menschlichkeit mit Füßen treten. Die Diskussionskultur in unserer Gesellschaft würde um vieles reifer wirken, wenn Politiker nicht nur die Leistung ihrer eigenen Partei über alles loben und die anderen schlecht machen, sondern auch die sinnvollen Ideen und Projekte anderer Parteien würdigen.

## Kirche im Gegenüber medialer Aufmerksamkeit

Aktuell gibt es natürlich brennende Fragen wie den Klimawandel oder auch die Menschenrechtssituation in vielen Ländern der Erde. Politisch steht gerade der Klimawandel bei den Medien im Mittelpunkt. Die Menschenrechtsverletzungen werden hier und da erwähnt. Wenn große Wirtschaftsverträge in Aussicht gestellt werden, ebbt das Thema bei den Politikern oft ab. Jedoch wäre das Thema gerade für die Kirche ein Anliegen, weil sich dahinter oft gravierende Verletzungen der Religionsfreiheit und insbesondere auch die Verfolgung von christlichen Glaubensgeschwistern



verbergen.

Welchen politischen Themen schenkt nun die Kirche mehr Aufmerksamkeit? Folgt sie dem medialen Strom des Klimawandels oder greift sie die Not der Glaubensgeschwister auf? Insofern ist es wichtig, sich als Kirche zu überlegen, in welchem Ausmaß man sich zu politischen Themen äußert. Jedenfalls wirkt es nicht besonders souverän, wenn sich die Kirche die Themen von den Medien vorgeben lässt, wobei das Interesse der Medien keinesfalls völlig ignoriert werden kann. Die Medien hingegen nehmen von den öffentlichen Predigten oft nur die politische Dimension wahr, wobei wohl Zweifel berechtigt sind, ob solche Predigten in ihrer Gesamtheit nur politisch intendiert sind.

Wer meint, gute und hilfreiche Ideen für die Gesellschaft zu haben, unterliegt der Versuchung, diese Ideen mit etwas Nachdruck durchzusetzen. Medien können da auch voller Begeisterung ihre Thesen verbreiten. Man müsse es einfach nur richtig machen und schon wird alles gut. Der marxistische Philosoph Ernst Bloch (1885-1977) schrieb in seinem Müntzertbuch 1921 vom „Gewaltrecht des Guten“.<sup>1</sup> Dieser Gedanke hat insofern etwas Faszinierendes, als nach der Gewalt das Böse vertrieben und eben nur noch das Gute da sei. Für eine solche Vision könne man schon einmal etwas Ungerechtigkeit in Kauf nehmen, wenn dann alle in einem glücklichen Zeitalter leben können. Alle politischen Machthaber, die mit dieser Argumentation agierten, breiteten viel Unmenschlichkeit über ihr Volk aus. Natürlich müssen politisch Verantwortliche auch mit einem gewissen Nachdruck, in der Regel über das Geld, bestimmte Regelungen treffen, um Entwicklungen voranzubringen oder auch Minderheiten zu schützen. Jedoch sollte auf eine Meinungsvielfalt geachtet werden, solange diese den Grundkonsens der Menschlichkeit nicht verlässt.

## Ein kurzes Fazit

In jeder Meinung auch eine wichtige Wahrheit für das Gemeinwohl zu entdecken, dürfte denjenigen leichter fallen, die in ihrem Gegenüber ein Ebenbild Gottes sehen können. Dass jeder Mensch – unabhängig von Geschlecht, sexueller Orientierung, ethnischer Zugehörigkeit, Herkunft oder dergleichen – ein Ebenbild und zugleich ein geliebtes Kind Gottes ist, gehört zu den Grundwahrheiten des christlichen Glaubens. Aus dieser Wahrheit folgen natürlich auch konkrete politische und persönliche Entscheidungen, aber diese Wahrheit steht über diesen Entscheidungen. Die christlichen Werte im einzelnen Menschen, aber genauso auch in der Gesellschaft wach zu halten, gehört zu den Kernaufgaben der Kirche.

Aus diesem Blickwinkel leiden viele Christinnen und Christen an den politischen Entscheidungen in der Welt. Mit der Zweiregimentenlehre<sup>2</sup> von Martin Luther kommt dann die Idee auf, selbst politische Entscheidungen herbeizuführen. Wenn eben die Politik nicht in der Lage ist, die nötige Menschlichkeit hervorzubringen, dann müsse das eben die Kirche übernehmen. Dieser Gedanke ist verführerisch und führt die Kirche auf das politische Parkett der Entscheidungen, auf dem sie selbst schnell als eine der vielen politischen Kräfte einsortiert wird und folglich ihre Moderatorenrolle verliert. Im Sinne der lutherischen Zweiregimentenlehre ist es wichtiger, dass die Kirche als Institution die politischen Entscheidungsträger ermutigt und befähigt, eben politische Entscheidungen im Sinne der Menschlichkeit zu fällen. Schließlich sollte eine sich humanistisch verstehende Politik selbst zu menschlichen Entscheidungen fähig sein. Diese Handlungsperspektive kann die Kirche nie auf Dauer ersetzen und es ist auch nicht ihre vordergründige Aufgabe, politische Entscheidungen dem Staat abzunehmen. Zweifellos kann sie ihm dabei subsidiär zur Seite stehen. Zu den Kernaufgaben der Institution Kirche gehört es jedoch, die eigenen Gemeindeglieder zu ermutigen, in den politischen Gremien ihre Kompetenz und Menschlichkeit einzubringen.

In der Kirche wird viel geredet. Das mag manchem Zeitgenossen zu wenig sein. Wenn aber diese Rede vom barmherzigen Gott die Menschenherzen ergreift, dann ist viel gewonnen. Infolgedessen müsste die Kirche auch nicht politisch agieren, da dann politische Entscheidungsträger die christlichen



Werte aus innerer Überzeugung umsetzen.

## Anmerkungen

1?Ernst Bloch: Thomas Münzer als Theologe der Revolution. München 1921, 153-161; Leipzig 1989, 106-111.

2?Martin Luther griff auf die Zweiregimentenlehre und auf die Zweireichelehre des Mittelalters zurück, wobei die zuerst genannte Lehre sich auf das Regiment des Staates und der Kirche bezog und die andere auf das Reich Gottes und des Teufels. Bei Luther und auch sonst gingen die entsprechenden Begrifflichkeiten und Denkmodelle auch ineinander, wobei Regiment eher die Art der Herrschaftsausübung in den Blick nahm und Reich eher den Herrschaftsbereich. Es ist auch heute gemeinhin üblich, bezüglich des Verhältnisses von Staat und Kirche von der Zweireichelehre zu reden (Zweireichelehre – Reiner Anselm/Wilfrid Härle/Matthias Kroeger. In: Theologische Realenzyklopädie. Bd. 36. Berlin 2004 = Studienausg. Berlin 2006, 776-793 [zur Begrifflichkeit: 784f]; Ulrich Schneider-Wedding: Fälscher der Heiligen Schrift. DPfBl 119 (2019) H. 10, 547f). Das ist unglücklich, da oft beide Lehren miteinander vermischt werden. Dann werden Inneres und Äußeres jeweils mit Kirche und Staat bzw. Glaube und Welt identifiziert. Jedoch handelt die Kirche auch in einen äußeren Raum hinein und der Staat beruht am Ende auch auf inneren Werten. Die Zweireichelehre im eigentlichen Sinne, also das Reich jeweils Gottes und des Teufels gehen durch die beiden Regimente Staat und Kirche hindurch und können keinesfalls mit einer Seite einseitig identifiziert werden. Insofern ist es aus didaktischen Gründen sinnvoll, grundsätzlich in Bezug auf Staat und Kirche von der Zweiregimentenlehre zu reden, um deren jeweilige spezifische Aufgaben für das Innere und Äußere bzw. für die Gesellschaft festzuhalten (Michael Beyer: Luthers Ekklesiologie. In: Leben und Werk Martin Luthers von 1526 bis 1546. Berlin; Göttingen 1983, 100-104; Helmar Junghans: Elemente der Zweireichelehre und der Zweiregimentenlehre Martin Luthers. In: Christlicher Glaube und weltliche Herrschaft. Leipzig 2008, 23-40).

Deutsches Pfarrernetz, ISSN 0939 - 9771

Herausgeber:

Geschäftsstelle des Verbandes der ev. Pfarrerinnen und Pfarrer in Deutschland e.V

Heinrich-Wimmer-Straße 4

34131 Kassel